

■ Vorwort	1
■ Die EU vor großen Herausforderungen	1
■ Die NATO vor Istanbul	2
■ Türkei: anstatt EU-Beitritt eine privilegierte Partnerschaft	3
■ 7. Sicherheitspolitisches Europaforum	3
■ Dokumentation	4



# UNSERE SICHERHEIT EUROPA

NEWSLETTER DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTS FÜR EUROPÄISCHE SICHERHEITSPOLITIK

## Neue Aufgaben

*Am 12. Februar 2004 hat mich die Generalversammlung zum neuen Präsidenten des ÖIES gewählt. Ich werde dabei gemeinsam mit dem Direktor des Institutes Botschafter Dr. Erich Hochleitner und den übrigen Vorstandsmitgliedern in den nächsten Jahren*



Dr. Werner Fasslabend, Abg. z. NR

*einen guten Teil meiner persönlichen Energie wieder sicherheitspolitischen Themen widmen. Im Mittelpunkt unseres Arbeitsprogrammes sollen vor allem eine europäische Gesamtstrategie und das Thema „Kerneuropa“ stehen. Dies wird unabhängig von einer Beschlussfassung des Verfassungsvertrages erfolgen, da davon auszugehen ist, dass sich im neuen Europa der 25 aufgrund der hohen Anzahl nationaler Akteure in jedem Fall eine Kerngruppe bilden wird. Diese wird entweder primär machtpolitischen/informellen Charakter – de facto Direktorium – oder eine verstärkte inhaltliche Fortschrittsorientierung – in Form einer von der Verfassung vorgesehenen verstärkten Zusammenarbeit – haben. Ein zumindest teilweises Nebeneinander beider Ansätze ist auch für die weitere Zukunft nicht auszuschließen. Die Entwicklung Europas und die Rolle Österreichs werden jedenfalls von der Kerngruppenbildung nachhaltig beeinflusst werden.*

*Die sehr unterschiedliche Positionierung und Vorgehensweise der EU Länder in der Irakkrise hat einmal mehr das große Defizit der Union in Hinsicht auf die gemeinsame Sicherheitspolitik deutlich gemacht. Das Fehlen einer über einzelne sicherheitspolitische Zielsetzungen hinausgehenden europäischen Gesamtstrategie ist geradezu überdeutlich geworden. Das ÖIES wird dabei verstärkt Grundlagen dazu erarbeiten, die vitalen Interessen formulieren und Diskussionen starten. Neben gesamteuropäischen und österreichischen Strategieaspekten soll die mitteleuropäische Komponente dabei nicht zu kurz kommen.*

*Wenn wir wollen, dass Europa zu einem globalen Akteur wird, dann müssen auch WIR bereit sein, zum sicherheitspolitischen Instrumentarium und zu einer gemeinsamen Strategie beizutragen.*

## Die EU vor großen Herausforderungen

Klaus Emmerich

Nachhaltigen Eindruck hat der Besuch von Dr. Wolfgang Schäuble in Wien hinterlassen. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hält auf Einladung des ÖIES einen viel beachteten Vortrag vor ausgewähltem Publikum in der Österreichischen Nationalbank. Schäuble wurde während seines Wienbesuches von Bundeskanzler Schüssel, Parlamentspräsident Kohl und Außenministerin Benita Ferrero-Waldner empfangen.

Schäuble hält es für unwahrscheinlich, dass sich die verständlichen Befürchtungen erfüllen, wonach die großen EU-Staaten zu Lasten der kleinen die europäische Integration betreiben. Europa schöpfe seine Integrationskraft aus seiner Lösungskompetenz. So sehr der Integrationsprozess fortschreite, zeigten sich laut Schäuble aber am Beispiel der Türkei die Grenzen der europäischen Einigung. Schäuble wandte sich eindeutig gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei.



Für Schäuble liegt es an den Europäern selber, wie sie die doppelte Aufgabe der Vertiefung und der Erweiterung der Gemeinschaft bewältigen. In seinem Vortrag sprach der deutsche Spitzenpolitiker die Vertrauenskrise der EU an, sieht aber reelle Chancen ihrer Überwindung unter dem Motto „Einheit in Vielfalt“. Nach Schäuble muss Europa davon ausgehen, dass die staatliche Souveränität sich in einem Übertragungsprozess befindet. Der Nationalstaat werde noch für geraume Zeit die wichtigste Identifikationsebene für die Bürger bedeuten.

Zur Sicherheitspolitik meinte der langjährige Parteivorsitzende der deutschen Christdemokraten, dass das Abschreckungsprinzip generell nicht aufgegeben werden sollte. Dieses Prinzip sei erforderlich, um Recht auch international durchzusetzen. Die Globalisierung bedeutet laut Schäuble, dass es keine Nischen mehr für die Sicherheit gebe. In diesem Zusammenhang äußerte sich Schäuble skeptisch zur Aufrechterhaltung der Neutralität. „Neutral gegen wen?“ meinte er bei mehreren Gelegenheiten in Wien. „In einer globalisierten Welt sagt mir die Institution der Neu-

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 2

# Die NATO vor Istanbul

*Mit der Übernahme der Führung der International Security Assistance Force (ISAF) in Afghanistan im August 2003 übernahm die NATO ihre erste große Friedenssichernde Mission außerhalb des euro-atlantischen Raumes. Derzeit stehen der ISAF 6500 Soldaten, die vor allem im Raum Kabul stationiert sind, zur Verfügung. Die NATO Operations-Planungen sehen vor, daß die NATO Kräfte landesweit Stabilisierungsaufgaben übernehmen sollen.*

*In die Provinzen Afghanistans, die derzeit überwiegend von lokalen Stammesfürsten kontrolliert werden und die teilweise auch über beachtliche Privatarmeen verfügen, sollen „Provincial Reconstruction Teams (PRTs)“, entsandt werden, um die für einen Wiederaufbau und für freie Wahlen notwendige Sicherheit sicherzustellen und die Autorität der Regierung in Kabul landesweit zu stärken. Die Provincial Reconstruction Teams umfassen militärische Einheiten und zivile Gruppen. Bisber war es der NATO allerdings nur möglich in 5 Provinzen derartige Teams zu entsenden, da die NATO Mitgliedstaaten der NATO bisher weder das erforderliche Personal noch wichtige Mittel wie Helikopter in ausreichendem Maß zur Verfügung gestellt haben. Obwohl der Afghanistan-Einsatz derzeit die politisch wichtigste NATO-Operation ist, war es bisher nicht möglich, die für den Erfolg der Mission notwendigen zusätzlichen Kräfte und Mittel ausreichend zu mobilisieren.*

*Auch ein von den Amerikanern angestrebter Beschluß über einen Einsatz der NATO im Irak wird in Istanbul wenig wahrscheinlich, da zwar ein Konsens in der NATO heute von Frankreich und Deutschland nicht mehr blockiert werden würde, doch dürfte es die NATO schwer haben, die notwendigen Kräfte und Mittel für einen erfolgreichen Einsatz im Irak zu mobilisieren. Nach den Spaniern streben auch andere Verbündete den Abzug ihrer Truppen aus dem Irak an. Auch wenn eine Einigung über ein UNO-Mandat gelingt, halten wichtige NATO-Staaten eine NATO-Operation unter US-Oberkommando im Irak nicht für zweckmäßig. Aber auch die Amerikaner denken nicht daran ihre Truppen im Irak einem NATO-Kommando zu unterstellen.*

*In Istanbul wird hingegen der mit der EU abgesprochene Beschluß über die Beendigung der SFOR-Operation der NATO zustandekommen. Damit wird die EU politische und militärische Verantwortung für die Friedenssicherung in Bosnien übernehmen. Die EU-Operation wird allerdings unter Inanspruchnahme von NATO Kommandostrukturen durchgeführt werden.*

Fortsetzung von Seite 1

tralität nicht wirklich etwas. Aber das muss Österreich selbst entscheiden.“

Im Zusammenhang mit der Globalisierung plädierte er im atlantischen Verhältnis mit den USA für eine Abgleichung der Interessen und Sphären. Wie jedem Menschen seine unveräußerliche Würde beizumessen sei, verhalte es sich auch für Länder. Auch in diesem

mit weiteren Gewalttaten rechnen. Da stehen wir erst am Anfang einer Entwicklung“. Den islamischen Terror bewertet er als langfristiges Problem, „das die Staatengemeinschaft nicht so schnell in den Griff bekommen“ werde. Er setzte sich für eine Vernetzung oder Informationsaustausch bereits bestehender Anti-Terrorbehörden ein. Schäuble kann sich auch eine Videobewachung öffent-



Zusammenhang benötige man zur Durchsetzung legitimer Anliegen das Recht. Macht jedoch verlange nach Begrenzung in einer allgemein international akzeptierten Rechtsordnung. „Diese Rechtsordnung schließt Selbstverteidigung ein“, so Schäuble. Globale Verantwortung sei von regionaler nicht mehr zu trennen.

Ein Kerneuropa, wie es von Schäuble als Begriff und Idee bereits 1994 in die Debatte eingebracht worden war, sieht er nicht als Widerspruch zur modischen Diskussion über Kerneuropa. „Kerneuropa wird leider so definiert, dass es als Alternative zu einem größeren Europa gesehen wird. Das ist falsch, weil es zur Spaltung führt“, meinte Schäuble, der nicht nur in Deutschland als einer der führenden „Querdenker“ Europas gilt. „So wie wir es damals gemeint haben, soll eine kleine Gruppe für Dynamik sorgen, damit Erweiterung und Vertiefung der Union funktionieren“. Österreich würde zu dieser Gruppe zählen. „Bei der Erweiterung“, so Schäuble wörtlich, „kann Wien eine zentrale Rolle spielen“. Wichtig sei es, kalkulierbare Verhältnisse eintreten zu lassen, etwa auch durch geregelte langfristige Beziehungen mit Russland.

Zur Sicherheitslage nach den Terroranschlägen erklärt Schäuble: „Wir müssen

licher Plätze durch die Exekutive vorstellen. „Ich würde mich als Bürger dadurch nicht behelligt fühlen. Auch in Banken gibt es Kameras“. Durch Vernetzung lasse sich ein großes Potential zur Informationsgewinnung erschließen.



„Dass wir uns auf einen Überwachungsstaat zu bewegen, halte ich für irreführend ... die beste Antwort auf die Terrorbedrohung ist ein hohes Maß an Solidarität, um der Herausforderung zu begegnen“.

Wichtig ist für Schäuble, „dass kein Land einer Erpressung nachgibt“. Die Welt müsse sich auf unüberschaubare Formen von Gewalt einstellen. Schäuble bereite die unglaublichen technologischen Möglichkeiten der Terroristen große Sorgen. Für ihn ist Freiheit, die nicht mit Sicherheit, sondern mit Angst verbunden ist, keine Freiheit.

# Türkei: anstatt EU-Beitritt eine privilegierte Partnerschaft

Die Türkei solle wirtschaftlich integriert, aber nicht in die politischen Institutionen der EU eingebunden werden, erläuterte Wolfgang Schäuble bei seinem Wienbesuch. Er brach eine Lanze für eine privilegierte Partnerschaft. Auch bezweifelt Schäuble, dass Ankara im Falle eines Beitrittes politisch, rechtlich und praktisch überhaupt in der Lage sei, Rechte und Befugnisse an die EU abzutreten. Das nationale Selbstverständnis des islamischen Staates sei vollkommen anders ausgelegt als in der europäischen Gemeinschaft. Allerdings sei es nicht vorstellbar, das Ausmaß der Verflechtung mit der Türkei von der EU aus einseitig aufzukündigen.

Für Schäuble wird sich für den Fall ernsthafter Verhandlungen mit der Türkei sehr bald herausstellen, dass der Vollmitgliedschaft auf beiden Seiten – der EU wie der Türkei – unüberwindliche Hindernisse entgegen stehen. Von vornherein solle deshalb der Weg für Alternativen geebnet werden und offen bleiben.

In einem Exklusiv-Interview mit der Wiener Tageszeitung "Die Presse" meinte Schäuble: "Jeder Mensch, der halbwegs bei Verstand ist, will die Modernisierung der Türkei vorantreiben und sie an Europa binden. Aber das bedeutet doch nicht, dass die Türkei volles Mitglied der EU sein muss. Deshalb haben wir eine privilegierte Partnerschaft mit der Türkei vorgeschlagen. Die türkische Reaktion darauf ist viel weniger negativ als bisweilen in Deutschland dargestellt. Möglicherweise wird die Türkei im Zuge der Verhandlungen draufkommen, dass sie lieber doch nicht allzu viele Souveränitätsrechte an die EU abgeben möchte."

"Die Bürger werden sich nicht mehr mit der EU identifizieren, wenn wir über die Grenzen des Kontinents hinausgehen. Wenn man ausschließlich auf die Kopenhagener Kriterien abstellt, könnte man ja auf die Idee kommen, auch Australien oder Kanada könnten Mitglieder der EU werden. Europa muss aufpassen, das es sich nicht übernimmt.

## Zitat:

*„Europa endet nicht  
an den Grenzen des Irak“*

Dr. Wolfgang Schäuble



Wir müssen endlich ehrlich darüber reden, wo die äußersten Grenzen der EU liegen können. Wladiwostok ist nicht mehr Europa. Wenn die EU die Grenzen des europäischen Kontinents überschreitet, bei der Türkei wie bei Russland wäre das eindeutig der Fall, dann wird das europäische Projekt einer europäischen Einigung nicht gelingen. Wenn das Europa der 25 keine politische Vertiefung zustande bringt, dann wird auch ein großes Europa keine weltpolitische Rolle spielen".

## 7. Sicherheitspolitisches Europaforum

# Eine Zwischenbilanz der ESVP

Beim 7. Sicherheitspolitischen Europaforum, über dessen Verlauf bereits im letzten Newsletter kurz berichtet wurde, wurde auch eine Bilanz über den Stand und die weiteren Problemstellungen der ESVP gezogen. Hauptthemen waren die Entwicklung militärischer Fähigkeiten, die Schaffung einer Verteidigungsagentur und die neue Sicherheitsstrategie der Europäischen Union.

Botschafter Marc Perrin de Brichambaut, französisches Verteidigungsministerium, betonte, dass die Frage militärischer

Fähigkeiten die Schlüsselfrage der ESVP sei. Zunächst waren alle Anstrengungen auf die Umsetzung des Helsinki Headline Goal Katalogs ausgerichtet. Dieser decke nicht alle aktuellen militärischen Erfordernisse ab. Europa brauche mehr rasch verfügbare moderne Kräfte und man müsse verbleibenden Defizite eliminieren. Innerhalb des ECAP-Prozesses werde an wichtigen Projekten, wie ISTAR, Hauptquartiere, Soft- und Hardware gearbeitet. Die EU-Staaten müssten bereit sein, die nötigen Finanzmittel für die Beschaffung moderner

militärischer Systeme zur Verfügung zu stellen. Hier liege die Hauptlast bei den Großen EU-Staaten. Es sei aber nicht das Ziel der EU, soviel Geld wie die USA für Verteidigung aufzuwenden. Die EU habe weder die gleiche globale Verantwortung noch die Ambition globaler Dominanz wie die USA.

Eine künftige Herausforderung sei die Rollenspezialisierung der Kräfte. Diese werde diese durch vorhandene Vorbehalte der traditionellen Streitkräftestrukturen erschwert.

Fortsetzung auf Seite 4

## Sicherheitspolitische Europa-Akademie 2004, 11. bis 17. Juli 2004, Hotel Schloss Weikersdorf, Baden bei Wien

Das ÖIES veranstaltet vom 11. bis 17. Juli 2004 zum dritten Mal die „Sicherheitspolitische Europa-Akademie 2004“ im Hotel Schloss Weikersdorf in Baden bei Wien. Die einwöchige Sommerschule bietet interessierten Personen die Möglichkeit, sich umfassend in allen wichtigen Fragen der internationalen Sicherheitspolitik aus- und weiterzubilden. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) der Europäischen Union. Vortragende sind österreichische und internationale Wissenschaftler und Forscher im Bereich der Sicherheitspolitik sowie Experten der Diplomatie und des Militärs. Die Vorlesungen werden in englischer Sprache gehalten.

### PROGRAMM

#### I. Das sicherheitspolitische Umfeld 2004

- Das sicherheitspolitische Lagebild 2004
- Die Irak-Krise und ihre Folgen
- Internationales Recht und Militäroperationen

#### II. Die Europäische Union als politischer und sicherheitspolitischer Akteur

- Die EU: Institutionen und Politiken
- ESVP: Fortschritte, Probleme und Perspektiven
- Die Identität und Werte der EU
- Der Verfassungsvertrag und die Zukunft der Union
- Garantiert der Verfassungsvertrag das Funktionieren der Europäischen Union?

#### III. Strategien

- Die strategischen Herausforderungen für das heutige Europa

- Die Europäische Sicherheitsstrategie
- Die strategischen Konsequenzen einer EU-Mitgliedschaft der Türkei

#### IV. Euro-atlantische Beziehungen

- Der Stand der Euro-atlantischen Beziehungen. Die Sicht der USA
- Die NATO: Ihre heutige Rolle und ihre Zukunft

#### V. Internationaler Terrorismus

- Der strategische Terrorismus. Herausforderungen und Gegenmaßnahmen

#### VI. Planspiel „EU-Krisenmanagement“

**Studien- und Teilnahmegebühr:** EUR 1.100,-

Die Gebühr umfasst die Kosten der Unterbringung mit Vollpension. Es besteht die Möglichkeit, **Stipendien** zu beantragen, die EUR 1.000 bzw. EUR 550,- abdecken. Für nähere Informationen siehe unsere Homepage.

**Kontakt und weitere Informationen:**

Österreichisches Institut für Europäische Sicherheitspolitik (ÖIES)  
Tel.: 02236 41196 Fax: 02236/411969  
institute@oecies.or.at [www.oecies.or.at](http://www.oecies.or.at)



Fortsetzung von Seite 4

Der stv. Rüstungsdirektor Italiens, Generalleutnant Gianni Botondi berichtete über die Arbeiten zur Schaffung der Agentur. Er gab eine detaillierte Übersicht über die institutionellen Fragen im Zusammenhang mit der Entwicklung der Agentur und über ihre künftigen Aufgaben.

Dr. Christoph Heusgen, Leiter der Policy Unit von GS Solana, berichtete über die Arbeiten an der EU-Sicherheitsstrategie. Er wies darauf hin, dass der Auslöser für eine erfolgreiche Initiative zur Ausarbeitung einer EU-Sicherheitsstrategie die Spaltung in der Irak-Frage gewesen war.

Erst diese Situation schaffte den politischen Willen unter den EU-Staaten, eine



gemeinsame Sicherheitsstrategie zu erarbeiten, und ermöglichte es J. Solana, dem Europäischen Rat einen entspre-

Sie definiert auch die Mittel und Methoden zur Umsetzung der von der Union festgelegten Ziele.

chenden Strategieentwurf zu präsentieren. Diese neue Sicherheitsstrategie basiert auf einer Analyse der sicherheitspolitischen Lage der Union. Sie definiert die strategischen Ziele der Union, wie Abwehr der konkreten Bedrohungen, Stärkung des multilateralen Systems und enge Partnerschaft mit den Nachbarn.

Medieninhaber, Herausgeber und Offenlegung:  
Österreichisches Institut für Europäische Sicherheitspolitik A-2346 Ma. Enzersdorf-Südstadt, Erlaufstr. 7/1  
Verantwortlich: Dr. Erich Hochleitner, Direktor des ÖIES. Der Newsletter erscheint periodisch und dient der unabhängigen Sachinformation über Fragen der europäischen Sicherheit.  
Produktion: Studio Oranje Werbegrafik GmbH, 2371 Hinterbrühl  
02Z033477M P.b.b. Erscheinungsort Maria Enzersdorf/Verlagspostamt A-2346 Maria Enzersdorf/Südstadt

Einzelpreis: € 1,10